



Zentralisierung der Lebensmittelüberwachung auf Landesebene

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

1. Problem:

Immer wiederkehrende Lebensmittelskandale zeigen: Das bestehende System der Lebensmittelüberwachung schützt Verbraucher:innen nicht ausreichend. Es mangelt an flächendeckenden, wirksamen Kontrollen, klaren Rückrufregeln, einer funktionierenden Rückverfolgbarkeit und transparenten Informationen für die Öffentlichkeit. Verantwortlich ist eine Struktur, die durch Personalmangel, Zersplitterung auf kommunaler Ebene und fehlende rechtliche Durchgriffsmöglichkeiten geprägt ist.

2. Rechtlicher Status Quo

Die amtliche Lebensmittelüberwachung liegt aktuell überwiegend in der Verantwortung der **Kommunen**. Diese Struktur ist anfällig für Interessenkonflikte, oft geprägt durch Personalmangel und teilweise auch **mangelhafte Koordinierung**. Die EU-Verordnung (EG) Nr. 178/2002 schreibt grundlegende Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit und Lebensmittelsicherheit vor. Doch die praktische Umsetzung scheitert oft – mit gefährlichen Folgen für Verbraucher:innen. Auf Bundesebene fehlen bisher ebenfalls einheitliche Rückrufstandards.

3. Forderungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

- Zentralisierung der Lebensmittelüberwachung auf Landesebene mit regionalen Außenstellen.
- Aufbau einer nationalen Keim-Datenbank, in der relevante Krankheitserreger zentral erfasst und abgeglichen werden.
- Pflicht zur elektronischen Rückverfolgbarkeit von Produkten innerhalb von 24 Stunden bei behördlicher Anforderung.
- Verbindliche und transparente Rückrufregeln, mit klarer Risiko-Kommunikation und Veröffentlichungspflichten.
- Bessere Personalausstattung der Kontrollbehörden, um die Zahl der Routine- und Anlasskontrollen zu erhöhen.
- Reform und Stärkung des Portals lebensmittelwarnung.de, um Rückrufinformationen sichtbar und bekannt zu machen.

